

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/041(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 15.04.2008	Beimszimmer	16:30Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.03.2008
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Dokumentation "Magdeburger Bündnis für Familie" 2007
Vorlage: I0076/08
 - 5.2 Familien in Magdeburg
Vorlage: I0078/08
 - 5.3 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007
Vorlage: I0095/08
- 6 Informationen
 - 6.1 Information über den aktuellen Stand zum Thema
Kindeswohlgefährdung in Magdeburg sowie die Handhabe den
Entzuges des Sorgerechtes

BE: Herr Dr. Klaus, Amtsleiter Jugendamt
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Dagmar Huhn

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Michael Heendorf

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Thomas Veil

Geschäftsführung

Frau Editha Beier

Frau Heike Ponitka

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Sabine Paqué

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Bärbel Bühnemann

Sachkundiger Einwohner Christian Hausmann

Sachkundige Einwohnerin Carola Schumann

Geschäftsführung

Frau Yvonne Köppe

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gäste, zwei Studentinnen der Soziologie u. Pädagogik der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und verwies darauf, dass die heutige Sitzung nunmehr die 40. Sitzung des Ausschusses für Familie und Gleichstellung ist.

Sie begrüßt auch Frau Werner vom Amt 13. An sie können Fragen zum Umgang mit dem neuen Programm gestellt werden. Da die Ausschussmitglieder keine Fragen haben, verlässt Frau Werner die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.03.2008

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 18.03.2008 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Zur öffentlichen Sprechstunde hat sich eine Bürgerin an die Gleichstellungsbeauftragte schriftlich mit der Bitte gewandt, anonym bleiben zu können. Der Name ist der Amtsleiterin/ Gleichstellungsbeauftragten, Frau Beier, bekannt.

Frau Beier verliest das Anliegen und reicht allen StadträtInnen das anonymisierte Schreiben aus, und zwar geht es um das offen werbende Verhalten von Prostituierten in einem Bordell in der Liebknechtstraße/ Ecke Kleine Straße in Stadtfeld und die als unangenehm empfundene Präsenz von Zuhältern.

Es werden einige Schritte im Schreiben aus Sicht der Bürgerin zur Veränderung empfohlen, zumal der Standort auf dem Schulweg von Kindern liegt.

Nach intensiver Diskussion wird Frau Beier beauftragt, das Schreiben an die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung weiter zu reichen, insbesondere an die Beigeordneten I, IV und V sowie die Kinderbeauftragte. Weiter wird Frau Beier gebeten, auch aus ihrer Sicht eine Stellungnahme vorzulegen.

Es ist anzustreben, die Stellungnahmen möglichst im 1. Halbjahr 2008 dem FuG-Ausschuss zur Behandlung vorzulegen. Der Bürgerin ist umgehend eine Zwischeninformation zu geben.

Das Schreiben liegt als Anlage dem Protokoll bei.

Frau Bork kommt.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Dokumentation "Magdeburger Bündnis für Familie" 2007 Vorlage: I0076/08

Zur Einbringung der Information I0076/08 und der Information I0078/08 ist die Kinderbeauftragte und Koordinatorin des Bündnisses für Familie, Frau Kathrin Thäger, erschienen.

Die Dokumentation „Magdeburger Bündnis für Familie 2007“ wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

5.2. Familien in Magdeburg Vorlage: I0078/08

Zur Information I0078/08, die Frau Thäger kurz einbringt, verweist sie darauf, dass es hierbei eine gute Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium Sachsen-Anhalt gab, dass die Erstellung eine zusätzliche Aufgabe war und die ABM, die dazu zur Verfügung stand, nunmehr ausgelaufen ist – insgesamt kann doch von einer erfolgreichen Arbeit gesprochen werden. Es entspann sich danach eine intensive Diskussion:

Herr Dr. Hildebrandt verweist auf die Stellung der Landeshauptstadt Magdeburg im Vergleich deutscher Städte und dass Magdeburg mit einem erreichten 7. Platz doch gut platziert ist.

Das Anliegen von Herrn Veil ist, dass wir jetzt eine Momentaufnahme haben und sehen müssen, dass wir einen Prozess vor uns haben, der in bestimmten Zeitabschnitten wieder zu betrachten ist, denn es muss gelingen, mehr und mehr Bedingungen zu schaffen, dass die jungen gebärfähigen und gut ausgebildeten Frauen in der Stadt bleiben. Dazu werden umsetzbare Vorschläge und Strategien gebraucht.

Frau Bork bringt den Vorschlag ein, das Material den GWA's zur Auswertung und als Grundlage für Ideen zur Verfügung zu stellen.

In Sorge um den Verbleib der gut ausgebildeten jungen Frauen z.B. auch der aus dem medizinischen Bereich, hinterfragt Herr Dr. Reichel die Praktikabilität der bisherigen und zukünftigen Maßnahmen, wir müssen genau hinschauen, was kommunalpolitisch möglich ist.

Natürlich haben wir schon einiges erreicht, sagt Frau Huhn, und verweist auch auf die vorliegende Studie und deren positive Aussagen.

Die Studentinnen der Uni, denen das Wort erteilt wird, und auch Frau Bork, die noch an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg studiert, unterstreichen aber, dass sie gerne hier in der Landeshauptstadt Magdeburg arbeiten würden, aber voraussichtlich keinen Arbeitsplatz finden würden. Das sei die eigentliche Not, zumal auch in anderen Städten und Ländern bessere Bedingungen vorhanden sind

Es wird noch darauf hingewiesen, dass die Ämter und Einrichtungen der Landeshauptstadt auf Grund der Aussagen der Befragten nicht unbedingt positive Noten bezüglich der praktizierten Kinderfreundlichkeit erhalten haben. Hier sollte die Verwaltung nochmals aufmerksam hinschauen und Korrekturen vornehmen.

Weiterhin ist augenscheinlich, dass nur zwei der Befragten Menschen mit Migrationshintergrund waren, diesbezüglich ist nochmals mit dem Ausländerbeirat Kontakt aufzunehmen, welche Ideen es gibt, hier eine Meinung der Familien mit Migrationshintergrund einzuholen.

Abschließend wird einstimmig ein Antrag an den Stadtrat für die nächste Stadtratssitzung formuliert:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hinsichtlich der Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die sich aus der o. a. Studie ergeben, zu prüfen, inwieweit die dort aufgeführten Empfehlungen nachhaltig umgesetzt werden können, insbesondere gilt das auch für

die Verbesserung der Familienfreundlichkeit in den Ämtern und Einrichtungen der Stadtverwaltung Magdeburg.“

Frau Beier fügt noch hinzu, dass die Armutsberichterstattung alters- und geschlechtsspezifisch erfolgen sollte. Dem wird zugestimmt.

Die Information I0078/08 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

5.3. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 Vorlage: I0095/08

Zur Einbringung der Information I0095/08 ist der Behindertenbeauftragte, Herr Hans-Peter Pischner, erschienen. Anhand einiger Schwerpunkte verdeutlicht er die Entwicklung der Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Im Mittelpunkt seines Berichtes steht die soziale, familienbezogene, arbeitsmarktbezogene Situation der Menschen/Familien mit Behinderungen.

- Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen ist lt. Landesstatistik rückläufig.
- Schwerbehindertenausweise werden seltener ausgestellt aufgrund einer rigiden Vorgehensweise der Behörden.
- Derzeit gibt es ca. 10.000 Menschen mit starken Einschränkungen, ca. 2.000 Menschen mit Sinneseinschränkung und psychischer Behinderung.
- Deutlich zurückgegangen ist die Auszahlung des Blindengeldes.

Besondere Schwerpunkte:

Schulische Integration – hier wären beim gemeinsamen Unterricht vernünftige Schulabschlüsse eher erreichbar, die notwendig sind für eine gute Ausbildung.

Soziale Bedingungen:

- Großes Problem bei älteren, alleinstehenden (oft) Frauen mit Behinderungen.
- Familien mit behinderten Kindern (doppelt so hohe Halbtagsplätze als bei Familien mit „normal-gesunden“ Kindern!).
- 75 % - 80 % der Eltern, deren Kinder am Förderschulunterricht teilnehmen, leben von Sozialhilfe.

Hinweis auf die Problematik des Umgangs mit arbeitslosen behinderten Menschen im JOB-Center:

- Hier hatte es ja schon einen Antrag des FuG-Ausschusses zur Behebung der Benachteiligung von behinderten arbeitslosen Menschen im Job-Center gegeben, jetzt soll es in 4 Sozialbereichen der ARGE auch 4 Ansprechpartner für Behinderte geben. Danach wird sich herausstellen, ob die ARGE das Problem bei 20.000 SHE in den Griff bekommt.

Baumaßnahmen:

- Schmerzhaft ist nach wie vor, dass es nicht gelungen ist, die neuen Räume der Volkshochschule Magdeburg barrierefrei zu gestalten (es fehlen einfach 150.000 Euro für behindertengerechten Aufzug und entspr. Toilette) Appell an alle StadträtInnen, dieses Problem nicht ganz aus den Augen zu verlieren.

Zur Problematik „Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“:

- 800 Plätze in Magdeburg sind vorhanden, verbunden mit Wohnheimplätzen – Frage bleibt: Wo werden demnächst die älteren Behinderten leben, wenn sie aus der Werkstatt ausscheiden?

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen:

- Von insgesamt 17.000 Menschen mit Schwerstbehinderung in Magdeburg wurden nur, aufgrund bürokratischer Entscheidungsmacht, 17 bzw. 18 persönliche Budgets für Menschen mit Schwerstbehinderung gestattet.
- Auf dem Gebiet der Pflege entwickelt sich ein Pflegeheimplätze-Überangebot – die Pflegesätze steigen und die Kommune muss die Plätze gegenfinanzieren – darum besteht das jeweilige persönliche Ziel darin, so lange wie möglich im eigenen Haushalt zu leben.
- Tagesangebote sind daher notwendig!

In der Diskussion weist Frau Huhn darauf hin, dass die Pflegebedarfsplanung vom Land vorgegeben wird – die Übersicht über die Fälle in den Kita's ist noch nicht ausreichend – es sind aber noch keine Schwierigkeiten bekannt.

Herr Dr. Klaus, Jugendamtsleiter, teilt mit, dass die Übersicht über behinderte Kinder vorliegt.

Herr Dr. Hildebrandt verweist auf den Beitritt zur „Erklärung von Barcelona“. Einige Dinge haben sich positiv entwickelt – die Einbeziehung von Herrn Pischner war dabei wichtig – außerdem verweist er auf die sehr gute Arbeit der AG Behinderte in der Stadt und den entsprechenden Kontakt zu den einzelnen Fraktionen.

Herr Pischner geht auf die einzelnen Diskussionspunkte besonders ein, aber es ist auch wichtig zu sagen, dass hinsichtlich der Ausreichung eines persönlichen Budgets ein Klageverfahren gegen das Land läuft.

Die Hilfebedarfsgruppen liegen in Sachsen-Anhalt viel niedriger (zwischen 200 - 800 Euro). Gefahr besteht, dass es kein bedarfsdeckendes Budget gibt – eine bundesgesetzliche Änderung ist erforderlich!

Wichtig erscheint Herrn Pischner als Priorität seiner Aktivitäten darauf hinzuweisen, dass folgende Veränderung in der ARGE erfolgten. 5 AnsprechpartnerInnen sind nun für die 600 Menschen mit Behinderungen in den verschiedenen Abteilungen benannt (1 Team für ca. 600 Menschen wäre schon ideal).

Herr Dr. Hildebrandt versichert nochmals, dass er über seine Teilnahme am Beirat der ARGE darauf erneut Einfluss nehmen wird und wird es danach wieder in den FuG-Ausschuss einbringen.

Zum Abschluss schlägt Frau Beier vor, dass die Gemeinschaft der Beauftragten der Stadtverwaltung sich intensiv mit diesem Bericht auseinandersetzen werden und entsprechende fachspezifische Handlungsempfehlungen herausarbeiten.

Die Information I095/08 wird zu Kenntnis genommen.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

6. Informationen

6.1. Information über den aktuellen Stand zum Thema Kindeswohlgefährdung in Magdeburg sowie die Handhabe den Entzuges des Sorgerechtes

Der Jugendamtsleiter, Herr Dr. Klaus, wird begrüßt. Er ist vom FuG-Ausschuss (insbesondere auf Wunsch des Stadtrates Herrn Veil,) eingeladen worden, um Informationen zum aktuellen Stand im Umgang mit Kindeswohlgefährdung zu geben.

Er teilt den Anwesenden folgende Daten und Fakten mit:

- Kinder mit Behinderungen sind gut aufgehoben in MD aus seiner Sicht.
- Frühförderberatungsstellen sind in Magdeburg notwendig und gut (0-6 Jahre).
- Die neue Rahmenrichtlinie zur Frühförderung wird überarbeitet.

Thema Kindeswohlgefährdung:

- 235 Fälle in 2007 sind „dringende Kindeswohlgefährdung“.
- 1/ 10 wurde an Sorgerecht vom Familiengericht an JA übertragen.
- Keine Entziehung im letzten Jahr.
- Oft sind krankheitsbegleitende Umstände bei den Eltern vorhanden.
- Viele Mitarbeiterinnen sind „ausgebrannt“.

- 100 Fälle Steigung pro Jahr.
- Die Erziehungskompetenz der Eltern wird geringer.
- Der Umgang mit Kleinstkindern hat sich verändert.
- Die Gesellschaft ist nicht unbedingt kinderfreundlich.
- Kinderarmut – ist wichtig zu thematisieren - trifft nicht in jedem Fall bei Kindesvernachlässigung zu.
- Kinderrechte in die Verfassung zu bringen wäre notwendig – aber wer setzt es um?

- 10-15 % der Eltern bestrafen die Kinder körperlich (Kinder- und Jugendbericht).
- 500.000 Kinder sind bundesweit gefährdet.
- Unter 7 Jahre: 5 – 10 % gefährdet bundesweit.

- Ca. 700 Kinder sind von Kindesvernachlässigung bedroht in Magdeburg.
- Entwicklung „Kindstötung“ von 1980 – 2005 = 50 % gesunken, von 1,5 Kinder pro 100.000 1980 auf 0,6 Kinder pro 100.000 im Jahr 2005
 - 17 Kinder bundesweit in 2005
 - Kindstötungen gehen bundesweit zurück –Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung
- minderjährige Mütter bundesweit:
 - Anzahl ist gestiegen
 - 1980 = 20 Mütter auf 100.000
 - 2005 = 30 Mütter auf 100.000
- In Magdeburg Zunahme von geistig behinderten Müttern.
- Dringend benötigt wird Betreutes Wohnen für Mütter mit Behinderungen und deren Kinder – mit Pfeifferschen Stiftungen laufen Diskussion dazu.
- Seit August 2006 (nach Todesfall Kevin) in Magdeburg:
 - Anstieg um 20 % der Fälle der ambulanten Hilfe
 - Mehrbedarf in MD für 2007 für ambulante Hilfen/ Hilfen zur Erziehung = 600.000 EUR und 1,4 Mio. EUR zusätzliche Mittel
 - 26 % Zuwachs ambulante Hilfen
- Es gleichen sich die Statistiken bundesweit an.
- ¼ stationäre Heimerziehung (bei den Kindern) zukünftig 230 Zahlen stationäre Heimerziehung (3.000 EURO pro Kind/ Monat).
- 125 ambulante SPH (1.200 EURO/ pro Kind / Monat).
- 200 Kinder in Pflegefamilien in Magdeburg (ca. 800-1.000 EURO pro Kind/ Monat in ca.100 Pflegefamilien).
- dringender Bedarf von Pflegefamilien.

Strukturen:

- § 8a SGB VIII/ § 72 SGB VIII
- Alle Träger sind belehrt worden - Vereinbarungen mit allen - es muss eine qualifizierte Kraft vorhanden sein als Ansprechpartnerin in jeder Einrichtung.
- Meldebogen bei den Trägern – Wochenende – Erreichbarkeit abgesichert über Kinder- und Jugendnotdienst.
- Kinderschutzfachkraft-Fortbildung (22 Mitarbeiterinnen)
- Thematische Fortbildungen werden durchgeführt.
- Die Vernetzung der Träger ist gut möglich.
- Mit Klinikum/ psychologischer Abteilung: Fallbesprechungen/ Supervision wäre möglich.
- Kriminalpräventiver Beirat arbeitet sehr gut/ AG's vorhanden.
- MD Gesundheitskonferenz im Dezember 2007.
- Jugendamt direkt ist telefonisch schwer zu erreichen – soll verbessert werden.
- Telefonnotruf für Ärzte in MD geplant (Kinder- und Jugendnotdienst).
- Bund überarbeitet § 8a SGB VIII – Regelung des Datenschutzes – Sorgerechtsregelungen/ Umgangsregelungen.

- Landtag Sachsen-Anhalt – Kinderschutzgesetz wird diskutiert (alle Eltern anschreiben, die nicht an den U- Untersuchungen teilnehmen).
- In Berlin – Besuch vom Jugendamt bei allen Eltern ist ein gutes Modell.
- Polizei hat in Berlin eigene Gruppe bei Ermittlungen bei Kindeswohlgefährdung – wäre auch in MD empfehlenswert.

Dr. Klaus – Frau Huhn – Frage – Was ist notwendig?

- Kitacard – Internetpräsentation
- 01.01.2009 – Anpassung muss sein
- Auslastung (12.000 betreute Kinder – wo sind tagaktuelle Plätze frei)
- Angebote für junge Mütter / Familien mit Behinderungen und Kindern
- Träger müssen Konzepte erarbeiten
- Betreuungskette aufbauen
- Mütter mit Kindern – AWO-Projekt – Erweiterung des Konzeptes

- Personalsituation im JA – im Bereich Hilfen zur Erziehung – bringt Schwierigkeiten mit sich - da hohe psychische Belastung - manche Kollegen/ innen arbeiten seit über 20 Jahren in diesem Bereich- TvöD erweist sich als Hemmschwelle dabei.

Frau Beier fragt an, ob Supervision als Fortbildung genutzt wird und ob fachliche Begleitungen möglich sind. Herr Dr. Klaus signalisierte, dass im Amt Angebote der psychologischen Beratungsstelle des Jugendamtes vorgehalten werden.

Herr Dr. Reichel fragt nach, ob die vorhandenen Babyklappen genutzt werden?

- Verfassungsrahmen/ Grundgesetzänderung

Herr Veil fragt nach:

- Was macht das JA in MD bei Kindeswohlgefährdung ?
- Entziehung des Sorgerechts in Fällen, in denen Eltern zu Unrecht so behandelt werden?
- Rechtslage und Gerichtsentscheidungen?
- Mitarbeitersituation – Ausstattung?
- Hotline z. B. in Berlin – für MD auch – Nottelefon für alle zugänglich?

Dr. Klaus teilte folgendes dazu mit:

- Gerichte/ Richter entscheiden eher für Eltern.
- 20 % - 30 % wäre der Wunsch des Jugendamtleiters – Sorgerechtsregelung für Jugendamt (JA)
- Alle Eltern erfahren in Magdeburg, wo das Kind sich aufhält.
- Der konkrete Personalschlüssel wird im Bericht 06/ 07 – des JA/ Geschäftsbericht dargestellt.
- 30.000 Stunden gemeinnützige Arbeit wurde lt. Jugendgerichtshilfe begleitet – das ist ein enormer Aufwand.
- 200 Stunden stehen weniger in Sozialpädagogischen Hilfen (durch Reduzierung auf 36 h) zur Verfügung, das entspricht 5 Stellen pro Woche.
- Hotline: über Rettungsleitstelle zu erreichen – z. B. Halle hat eine Nummer – muss geschultes Personal sein.

Frau Bork fragt an, ob das Jugendamt eine Veränderung in der Erreichbarkeit vornehmen kann. Ihr wurde mitgeteilt, dass in der ARGE eine schwierige Situation von Kindern in einer Familie erkannt wurde – das Jugendamt konnte aber leider nicht erreicht werden.

Dr. Klaus ist darüber verwundert, da es eine abgestimmte Meldepflicht im aktuellen Verdachtsfall für die ARGE.

Frau Beier schlägt Folgendes vor:

- MD – Seite – Link – Internet – Notruf muss schneller zu finden sein
- Möglichkeit der externen kontinuierlichen Supervision und psychologischer Beratung/ Begleitung für die Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter ist aus ihrer Sicht notwendig.

Frau Huhn bedankt sich bei Herrn Dr. Klaus für die umfangreiche Darstellung der Situation und die vielen Fakten. Der FuG-Ausschuss erteilt Frau Beier den Auftrag zur Abstimmung mit der Verwaltung. Weiterhin ist die Darstellung des Notrufes auf der Internet-Startseite dringend notwendig.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Heike Ponitka
Schriftführerin